

DEUTSCHER BUNDESTAG

Enquete-Kommission

"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit"
- Sekretariat -

53113 Bonn, den 14. November
1995

Bundeshaus

Telefon:

(0228) 16-25195 / 16-25747 / 16-24093

Telefax: (0228) 16-26023

Bo/Rk

Kurzprotokoll

der konstituierenden Sitzung der Berichterstattergruppe D (3)
am 9. November 1995, 14.00 Uhr in Raum NHA 124

Anwesend:

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Einberufer)

Abg. Prof. Dr. Ludwig Elm

Sv. Karl-Wilhelm Fricke

Sv. Dirk Hansen

Abg. Markus Meckel

Abg. Gerd Poppe

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke

VA Bernard Bode (Sekretariat)

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach eröffnet die Sitzung und stellt zunächst Einvernehmen her, daß Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen, der Anfang des Jahres 1996 für die F.D.P.-Fraktion sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission werden wird, an der Sitzung teilnehmen darf und redeberechtigt ist. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Tagesordnungspunkt 1 Beratung des künftigen Arbeitsprogramms

Abg. Gerd Poppe spricht sich dafür aus, die BG thematisch nicht zu überfrachten. Denkbar sei, drei Anhörungen zu veranstalten und etwa 10-12 Expertisen zu vergeben. Mehrtägige Veranstaltungen sollten die absolute Ausnahme bleiben, die Vergabe eines Forschungsauftrages bedürfe - wenn überhaupt - sorgfältiger Überlegung. Auch Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke ist der Auffassung, daß die Vergabe eines Forschungsauftrages nicht unbedingt notwendig sei; als Instrumente der BG seien vielmehr Anhörungen bzw. öffentliche Sitzungen eher geeignet.

Abg. Markus Meckel ist der Auffassung, daß bezüglich der Planung von Anhörungen Gelassenheit möglich sei, da das Themenfeld D erst ab Ostern des Jahres 1997 Beratungsgegenstand der Kommission werde. Anders sehe es mit dem Arbeitsprogramm und Entscheidungen über die Vergabe von Forschungsaufträgen aus. Da dies vor allem eine Finanzfrage sei, müßten diesbezügliche Entscheidungen Anfang des nächsten Jahres fallen. Abg. Meckel teilt in diesem Zusammenhang mit, daß die SPD-Fraktion besonderen Wert auf eine Behandlung des Unterthemas "Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die beiden Blöcke und die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland" lege. Diese spezifische Schwerpunktsetzung schließe eine genaue Untersuchung der Position der ehemaligen Bundesrepublik im westlichen Bündnis und deren Handlungsspielräume gegenüber der Regierung der USA ebenso ein wie eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Moskau. Zur letztgenannten Thematik beabsichtige die SPD-Fraktion einen Forschungsauftrag zu vergeben, um die noch auszuwählenden Gutachter in die Lage zu versetzen, mit der Autorität des Deutschen Bundestages Zugang zu den Archiven in der Russischen Föderation zu erhalten.

Ein zweiter Schwerpunkt, so Abg. Meckel weiter, sei für die SPD-Fraktion eine Untersuchung und Dokumentation der Verfolgung Andersdenkender und Oppositioneller in der SBZ/DDR. Hier gebe es ein Defizit, zu dessen Behebung die Enquete-Kommission unbedingt beitragen müsse.

Ein weiterer Schwerpunkt aus Sicht der SPD-Fraktion sei schließlich eine Befassung mit dem Thema "Die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Politik". Es sei notwendig, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Lehren für den heutigen Umgang mit Diktaturen zu ziehen und dazu von seiten der Enquete-Kommission einen Diskurs zu organisieren.

Aus seiner Sicht und der seiner Fraktion sei demgegenüber das Thema "Ostpolitik der Bundesregierung und der Parteien" von nachrangiger Bedeutung.

Sv. Dirk Hansen macht demgegenüber deutlich, daß alle Unterthemen des Bereiches "Das geteilte Deutschland im geteilten Europa" gültige Beschlußlage des Deutschen Bundestages seien und somit gleichrangig nebeneinander stünden. Klärungsbedürftig sei nunmehr, ob die notwendige thematische Auseinandersetzung mit der Verfolgung von Andersdenkenden in der SBZ/DDR und der Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Politik durch die BG D (3) erfolgen müsse, oder ob dies nicht auch durch eine oder mehrere andere BG der Kommission denkbar sei. Er halte eine baldige diesbezügliche Entscheidung mit Blick auf die Formulierung des Arbeitsprogramms für wichtig. Nach Auffassung des Sv. Hansen soll eine Befassung der Kommission mit der Ostpolitik der Bundesregierungen und der Parteien keinesfalls die bereits geleistete Arbeit der Enquete-Kommission in der 12. Wahlperiode wiederholen. Erforderlich sei es aber, diese Thematik in die bündnispolitischen Zusammenhänge und die Ost-West-Beziehungen einzuordnen.

In dieser Hinsicht gebe es inhaltliche Defizite, die durch eine Neugewichtung der Thematik, wie von ihm vorgeschlagen, behoben werden könnten. Im übrigen sei er nicht der Auffassung, daß die inhaltliche Schwerpunktsetzung der BG von möglichen Forschungsvorhaben her definiert werden solle.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke ist ebenfalls der Auffassung, daß einer Untersuchung der Einbindung beider deutscher Staaten in die jeweiligen Blöcke und der Frage nach Möglichkeiten selbständiger politischer Entscheidungen der DDR und der Bundesrepublik besondere Bedeutung zukommt. In diesem Zusammenhang gelte es einen stärkeren Akzent auf die internationale Einbettung der ehemaligen Bundesrepublik und auf deren Beziehungen zu den westlichen Alliierten zu setzen.

Mit Blick auf die Ausführungen von Abg. Meckel zur Möglichkeit der Nutzung von Archiven in Moskau erinnert Sv. Prof. Dr. Wilke an die Erfahrungen der Delegation der Enquete-Kommission in der 12. Wahlperiode und besonders an die Illusionen, die man sich damals bezüglich der Archivlage in der Russischen Föderation gemacht habe. Aus seiner Sicht seien die Chancen gegenwärtig nicht günstig, Archiv-Recherchen in Moskau unternemen zu können.

Sv. Prof. Dr. Wilke spricht sich außerdem dafür aus, die thematischen Schwerpunkte, die sich mit Repressionsaspekten beschäftigen, bei der BG D (3) zu belassen und macht darauf aufmerksam, daß auch der Bereich "Gedenkstätten" ein Thema für diese BG sei, was mit der zuständigen BG G (6) koordiniert werden müsse.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach stellt fest, daß zu den Fragen der Bündnisaspekte in Ost und West auch eine Anhörung der Enquete-Kommission durchaus vorstellbar sei. Konsens bestünde auch hinsichtlich einer verstärkten Akzentsetzung auf das Verhältnis der ehemaligen Bundesrepublik zu den westlichen Mächten.

Abg. Gerd Poppe weist bezüglich des von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Forschungsauftrages darauf hin, daß ein vom Sekretariat vorgelegten Papier (Anlage 1) aus seiner Sicht bereits fünf Projekte enthalte, die sich dezidiert mit dem Verhältnis zwischen der DDR und der UdSSR befaßten. Diese Tatsache sei mit Rücksicht auf das Verbot von Doppelforschung zu beachten.

Abg. Poppe warnt außerdem vor einer übermäßig historisierenden Schwerpunktsetzung der BG und macht in diesem Kontext ebenfalls auf die bereits geleistete Arbeit der Enquete-Kommission in der 12. Wahlperiode aufmerksam. Stattdessen schlägt er die folgenden thematischen Schwerpunkte zur Befassung vor:

- die Wahrnehmung der Deutschen voneinander (Perzeption in Ost und West)
- die Frage nach dem Ausmaß der Verankerung der Zweistaatlichkeit Deutschlands in den Köpfen der Menschen in der DDR

- deutschlandpolitische Vorstellungen und Konzeptionen der Opposition der DDR
- eine Dokumentation der Verfolgung von Andersdenkenden in der SBZ/DDR (insofern sei der Vorschlag der SPD zu begrüßen) sowie die Frage nach der Unterstützung von Oppositionellen und Dissidenten durch Bürger und politische Gruppierungen aus dem Westen
- die Frage nach der Assimilation bzw. Integration von aus der DDR in die damalige Bundesrepublik Geflohenen bzw. Übersiedelten
- bundesdeutsche DDR-Forschung und ihre Nachwirkungen (auch auf internationaler Ebene)
- die Ausländerpolitik in der DDR
- die Kenntnis der Geheimdienste in der DDR und der ehemaligen Bundesrepublik voneinander und deren Verhältnis zueinander

Sv. Karl-Wilhelm Fricke unterstreicht ebenfalls, daß er alle Fragen nach der Bündnispolitik in Ost und West und den wechselseitigen Beziehungen für einen besonders wichtigen thematischen Schwerpunkt hält. Er verweist in diesem Kontext auf die besondere Bedeutung sicherheitspolitischer Aspekte (NATO/Warschauer Pakt). Ferner unterstützt Sv. Fricke den Gedanken, eine Dokumentation der Verfolgung Andersdenkender in der SBZ/DDR erstellen zu lassen und spricht sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen eine Abgabe dieser Thematik an andere BG wie etwa die BG R (4) aus.

Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen spricht sich dafür aus, den vorliegenden thematischen Katalog auf Machbarkeit zu prüfen. Im Zusammenhang mit den angesprochenen Fragen der Bündnispolitik in Ost und West hält er sechs thematische Schwerpunkte für wichtig:

- die Untersuchung der Konsultationsmechanismen im Verhältnis der ehemaligen Bundesrepublik zu deren westlichen Alliierten bezüglich der "deutschen Frage"
- eine profunde Auseinandersetzung mit den sicherheitspolitischen Aspekten der Bündnisfragen (einschließlich der Untersuchung gegenseitiger Bedrohungsbilder)
- das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Moskau
- das Konkurrenzverhältnis innerhalb des ehemaligen Warschauer Paktes bezüglich der Westkontakte (vor allem Polen, CSSR und DDR)
- die Frage nach der "Entspannung von unten" zwischen den Bündnissen
- die Rezeption von Ostpolitik in der DDR seit 1969 bzw. seit 1982 und die Frage nach Vorstellungen zu einem "Dritten Weg" bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines vereinten Deutschlands in der DDR

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach erläutert ergänzend zu dem von der SPD-Fraktion angeregten Forschungsauftrag, der diesbezügliche Vorschlag des Sv. Prof. Dr. Hermann Weber basiere auf der Prämisse, daß die DDR ein penetriertes System dargestellt habe,

weshalb es Art, Ausmaß und Wirkung des Einflusses sowjetischer Stellen zu analysieren gelte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke spricht sich dafür aus, im Rahmen der Arbeit der BG auch die Rolle der Nationalen Volksarmee der DDR ausführlich zu beleuchten, was deren Position im östlichen Bündnis einschließe. Zudem sei eine thematischen Auseinandersetzung bezüglich der Frage erforderlich, welche Position die DDR in Krisen des Warschauer Paktes eingenommen habe und welche Handlungsspielräume ihr jeweils zur Verfügung gestanden hätten. Es gelte insofern, derartige Krisen als Blockkrisen zu diskutieren und in diesem Kontext nach dem Verhältnis der SED zu den anderen kommunistischen Parteien in Ostmittel- und Osteuropa, besonders zur KPdSU, zu fragen.

Abg. Prof. Dr. Ludwig Elm begrüßt, daß die BG beabsichtigt, einen besonderen thematischen Akzent auf Bündnisfragen in Ost und West zu setzen. Dies müsse aus seiner Sicht auch die wechselseitigen subjektiven Wahrnehmungen voneinander einschließen und die Einbindung der DDR in das östliche Blocksystem sowie deren erhebliche Relevanz für eine Beurteilung der Spielräume Ost-Berlins beinhalten. Aus seiner Sicht sei es vorstellbar, einen besonderen Schwerpunkt auf die Situation der Jahre 1979 bis 1983 zu setzen und das Verhalten beider deutscher Staaten in den jeweiligen Blöcken und deren Rüstungspolitik zu analysieren. Gleiches gelte für eine Erforschung und Bewertung des Einigungsprozesses von 1989/90, auch anhand bereits vorliegender Veröffentlichungen und Forschungsergebnisse.

Sv. Dirk Hansen macht nochmals deutlich, daß eine Entscheidung über das künftige Arbeitsprogramm der BG der vorherigen Klärung der Frage bedürfe, ob die thematischen Schwerpunkte, die sich mit Repressionsaspekten befassen, in der BG D (3) verblieben. Zu der Anregung, verstärkt sicherheitspolitische Aspekte von Bündnisfragen in Ost und West zu untersuchen, ist Sv. Hansen der Auffassung, daß eine Befassung mit ostpolitischen Fragen nicht ausschließlich unter sicherheitspolitischen Aspekten erfolgen dürfe, sondern auch den jeweiligen weiteren Schwerpunktsetzungen unter veränderten Rahmenbedingungen gerecht werden müsse. Dies gelte besonders für die ab Ende der 1960er Jahre einsetzende Entspannungspolitik.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach stellt abschließend Einverständnis über ein erstes Resümee bezüglich thematischer Vorstellungen in der BG her:

- die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die beiden Blöcke und die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der Fragen nach dem Ausmaß von Souveränität, nach Handlungsspielräumen sowie nach den Beziehungen der Bündnisse und der

beiden deutschen Staaten als Teil dieser Bündnisse zueinander unter verschiedenen Aspekten (einschließlich der Rolle der NVA und der Ostpolitik der Bundesregierungen und der Parteien)

- das Ost-West-Verhältnis, gegenseitige Wahrnehmungen, Bedrohungsbilder/Perzeptionen im Systemkonflikt und deren Nachwirkungen (einschl. deutschlandpolitischer Vorstellungen der Opposition in der DDR)

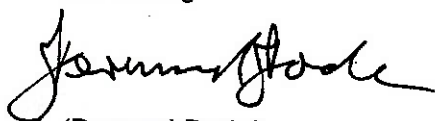
Weiterer Beratung bedürfen der von Abg. Prof. Dr. Elm gemachte Vorschlag, den deutschen Einigungsprozeß der Jahre 1989/90 und seine Auswirkungen in Deutschland und Europa zu diskutieren sowie die Frage nach dem Verbleib der Repressionsaspekte und der politischen Schlußfolgerungen bezüglich der Bedeutung von Menschenrechten in der internationalen Politik im Arbeitsprogramm der Berichterstattergruppe D (3). Bereits Einvernehmen herrscht demgegenüber darüber, daß eine Befassung mit der Westarbeit der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit sowohl unter bündnis- und deutschlandpolitischen Aspekten als auch unter der Rubrik Verfolgung von Andersdenkenden subsummiert werden muß.

Die BG beauftragt das Sekretariat, auf Basis dieses Protokolls der Sitzung einen ersten Entwurf eines Arbeitsprogramms zu erstellen und den Mitgliedern der BG zuzuleiten. Die Fraktionen und die Gruppe werden zusätzlich gebeten, unter Berücksichtigung der vom Sekretariat zugeleiteten Übersicht geplanter, laufender und abgeschlossener Forschungsprojekte, die einen Bezug zur Thematik der BG aufweisen (Anlage 1), schriftliche Vorschläge zur Vergabe eines Forschungsauftrages und von Expertisen zu unterbreiten.

Als nächster Sitzungstermin der BG wird der 7. Dezember 1995, 18.30 Uhr (ggf. im Anschluß an die Sitzung der Kommission) vereinbart und zusätzlich als weiterer Termin der 18. Januar 1996 in Aussicht genommen.

Ende der Sitzung: 15.45 Uhr

Im Auftrag



(Bernard Bode)